

DIE CHRONIK DES JAHRES 1959

Berlin ist Hauptschauplatz des kalten Krieges zwischen Ost und West 1959. Das am 27. November 1958 aufgestellte Berlin-Ultimatum der Sowjetunion war das zentrale politische Thema in Deutschland zu Beginn des Jahres 1959. Die Sowjets hatten den Viermächtestatus für Berlin gekündigt und forderten eine Umwandlung West-Berlins zu einer entmilitarisierten neutralen Stadt unabhängig von der Bundesrepublik Deutschland und DDR innerhalb eines halben Jahres. Dies wurde von den Westmächten ebenso vehement abgelehnt wie der im Januar vorgelegte sowjetische Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der vorsah, dass die zwei deutschen Staaten einen neutralen Staatenbund bilden, der weder zur NATO noch zum Warschauer Pakt gehören soll.

Die Politik der westlichen Regierungen setzt auf Verhandlungen und schlägt eine Konferenz der vier Siegermächte in Genf vor, die unter Beobachtung der beiden deutschen Staaten stattfinden soll. Die sogenannte „Deutschland Konferenz“ der Außenminister endet allerdings im August 1959 ohne Ergebnis. Das Berlin Ultimatum der Sowjets verstreicht derweil ohne Auswirkungen, nicht zuletzt, da das sowjetische Ziel die Vereinigung Berlins mit anschließender Eingliederung in der DDR, durch die entschiedene Reaktion der drei Westmächte sowie der West-Berliner Bevölkerung unter dem Regierenden Bürgermeister von West-Berlin Willy Brandt, nicht durchzusetzen ist.

Der Weltraum war ebenfalls Schauplatz des Kalten Krieges. Die USA schießen zwei Affen in den Weltraum und bergen diese lebend und unversehrt. Doch die Nase vorn haben die Sowjets: Erstmals landet mit der sowjetischen Lunik 2 eine Raumsonde auf den Mond und schließlich gelingt den Sowjets mit Lunik 3 sogar die Rückseite des Mondes zu fotografieren. Nicht zuletzt durch die Weltraumerfolge der Sputnik und Lunik Missionen erhalten die Sowjets ein neues Gefühl der Stärke.

Nachdem der amtierende Bundespräsident Theodor Heuss eine dritte Amtszeit, die eine Änderung des Grundgesetzes bedurft hätte, ablehnte, wird der bisherige Ernährungsminister Heinrich Lübke zum neuen Bundespräsidenten gewählt.

Zuvor hatte es innerhalb der CDU heftige Kontroversen zwischen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und Bundeskanzler Konrad Adenauer gegeben. Adenauer stellt die Fähigkeiten seines bereits für die Bundespräsidentenwahl nominierten Wirtschaftsministers Erhard für dieses Amt in Frage und nominiert sich selbst als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Er erkennt aber schnell, dass er politisch in dieser Position an Einfluß verlieren würde und verzichtet auf die Kandidatur. Zudem wollte er nicht, dass Ehrhard sein Nachfolger als Bundeskanzler wird. Als Kompromiß wird Heinrich Lübke von der CDU nominiert.

Die SPD ist 1959 mit der Ausarbeitung ihrer grundsätzlichen politischen Position beschäftigt. Allen voran Herbert Wehner und die neuen Vorstandsmitglieder Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gustav Heinemann setzen sich vehement für eine Zustimmung zur Nato- und Europapolitik Adenauers ein. Auf einem Sonderparteitag in Bad Godesberg bekennt die SPD die Unvereinbarkeit ihrer Ziele mit den Ideen des Marxismus, billigt die Bundeswehr und setzt auf die Landesverteidigung im Rahmen der NATO. Die SPD bejaht die soziale Marktwirtschaft und das Privateigentum und bietet sogar den Kirchen ihre Zusammenarbeit an. Mit dem Godesberger Programm wandelt sich die SPD zur Volkspartei.